

Rede zum Haushalt 2018 der Stadt Dorsten

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wie jedes Jahr haben die Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung den Haushaltsplan für das kommende Jahr erarbeitet, den die Verwaltung uns heute zur Beschlussfassung vorgelegt hat.

Für die geleistete Arbeit der Kolleginnen und Kollegen möchte ich mich herzlich bedanken.

Im jetzt ablaufenden Jahr hat sich etwas getan:

1. die Verwaltung hat einen „Ersten Aufschlag“ gemacht, so dass wir in Zukunft wieder über die „Ziele“ der Arbeit im nächsten Jahr beraten können. Das freut mich. Schon in meiner Haushaltsrede 2015 habe ich das Problem angesprochen, dass wir nur über die Haushaltssanierung beraten haben.
2. die Verwaltung hat sich mit dem Investitionsstau und Investitionsbedarf, oder auch Instandhaltungsstau, unserer Stadt beschäftigt und eine Berichtsvorlage erarbeitet. Dies ist nicht nur ein Dorstener Problem, es trifft die Kommunen allgemein. Laut KfW-Kommunalpanel summiert sich der Investitionsrückstand der deutschen Kommunen auf 132 Milliarden Euro. Die wesentliche Ursache dafür sind die Steuermindereinnahmen von 50 Mrd. pro Jahr durch die Bundesregierungen seit Schröder/Fischer. In den Haushaltsreden 2014 und 2015 habe ich dies schon ausführlich dargelegt. Hinzu kam noch Schäubles „Diktatur der schwarzen Null“.

Überschlägig wurde ein Investitionsbedarf für alle Gebäude unserer Stadt in Höhe von 140 bis 150 Mio. Euro ermittelt. Mal angenommen, wir hätten die Gebäude mit diesen Beträgen sanieren können, so sollten wir dann, nach einer Empfehlung vom KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) jährlich einen Betrag von 4,2 Mio. Euro zusätzlich für die Bauunterhaltung bereitstellen. Zur Zeit können wir aber nur 2,6 Mio. Euro schaffen.

Für die ordnungsgemäße Instandhaltung unserer Straßen müssten jährlich mindesten 4,5 Mio. Euro statt nur 2 Mio. Euro verausgabt werden.

Die Brücken in Dorsten brauchen noch ein halbe Million Euro jährlich.

Wenn man dann noch weiß, dass Dorsten 2018 wohl 5,6 Mio. Euro (bis 2021 auf 6,5 Mio. Euro steigend) Zinsen für Kredite zahlen muss, ist wohl unschwer zu erkennen, dass das die Finanzkraft der Stadt Dorsten übersteigt.

Da die Finanzkraft sehr vieler Kommunen in NRW überschritten ist, stellt der Deutsche Städtetag fest *„(...) die hohen Altschulden verhindern eine dauerhafte Stabilisierung der Kommunal Finanzen in NRW. Das Land steht bei den Altschulden in der Verantwortung für die strukturellen kommunalen Finanzierungslücken der Vergangenheit. Wir erwarten deshalb von der Landesregierung, dass konkrete Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, um die kommunale Verschuldung zu verringern (...).“*

Pressemittlung, 09.08.2017 (Auszug)

Die Gewerkschaft ver.di hat ein Konzept entwickelt. Sie schlägt einen kommunalen Entschuldungsfond vor, die „NRWKASSE“.

Die Idee der NRWKASSE ist dem Plan der „HESSENKASSE“ entliehen. Das bedeutet, dass NRW einen Entschuldungsfonds als Sondervermögen auflegt, in dem die

Kassenkredite zusammengefasst werden. Die Kommunen tilgen über 30 Jahre die Kredite. Die Zinsen und die Restschuld trägt das Land.

Genauer unter: https://gemeinden-nrw.verdi.de/++file++5964c82bf7be960313241cef/download/verdi_kommunen_2017.pdf

Das Dorstener Problem soll nun mit kommunalen Mitteln angegangen werden. Für 2018 konnten im Haushalt 300.000 Euro für eine Konzeptentwicklung bereitgestellt werden. Auf jeden Fall werden wir wohl einen genaueren Überblick über die Größe des Problems bekommen.

Etwas blauäugig war ich schon. Ich hoffte, die Wahlen könnten etwas ändern. Nach Scheitern der Jamaika-Sondierungen bekommen wir nun doch wohl wieder eine Große Koalition. Was wird sie uns bringen?

Im letzten Koalitionsvertrag stand, dass die Kommunen durch das Bundesteilhabegesetz um 5 Mrd. Euro entlastet werden sollten. Was ist daraus geworden? Wie viele Sozialdemokraten haben wegen dieser 5 Mrd. dem Koalitionsvertrag damals zugestimmt?

Der Schlüssel für die Kommunalfinanzen liegt in Berlin!

Denn auch das Land Nordrhein-Westfalen hat zu wenig Geld. So sah sich zum Beispiel die CDU gezwungen, der Forderung der FDP nachzugeben, das Sozialticket einzustampfen. Nach massiven Protesten hat die CDU einen Rückzieher gemacht. Auch der Kreistag hatte einer Resolution der LINKEN für das Sozialticket, gegen die Stimmen von CDU und FDP, zugestimmt.

Vorschläge für eine gerechtere Gesellschaft gibt es von den Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände und vielen anderen.

Als Beispiel die Forderungen aus dem „Kommunalbericht 2017“ von der ver.di:

- *Niedrige und mittlere Einkommen müssen entlastet, und hohe belastet werden.*
- *Kapitalerträge müssen wieder wie Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit besteuert werden.*
- *Die Vermögensteuer muss wiederbelebt werden.*
- *Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefischsteuer weiter entwickelt werden.*
- *Der Steuervollzug muss verbessert werden.*

Deutlich wird die prekäre Situation unserer Stadt in der Personalsituation.

Haben Sie mal versucht einen Termin bei der Ausländerbehörde zu vereinbaren? Zum Beispiel um eine Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern?

Letztes war der nächste freie Termin 4 Wochen später.

In den meisten Ausschusssitzungen wird mittlerweile über die Personalsituation geredet. Weil wegen fehlenden Personals, Krankheit oder Urlaub irgend etwas nicht, nicht richtig oder nicht fristgerecht erledigt werden konnte.

Erhellend ist die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan. Er beschreibt die Bemühungen um Verbesserungen bei der Personalsituation zu erreichen.

Das Fazit, des Personalrates, aber lautete:

„Ein „Weiter wir bisher“ ist in allen Dezernaten als unverantwortlich anzusehen. Der nach unserer Auffassung viel zu einseitig ausgerichtet und kurzgedachte Sparkurs muss endlich beendet und korrigiert werden.“

DIE LINKE stimmt dem Haushaltsentwurf 2018 nicht zu.